

## 11. "Revolutionen" in West und Ost

### 1. Einleitung: Systemkonflikt

Die erste Hälfte der 80er Jahre war vielleicht die gefährlichste Phase in der Geschichte des KK. Nach mehr als zehn Jahren wohlklingender Beteuerungen auf beiden Seiten war die schöne Scheinwelt der Entspannungspolitik krachend in sich zusammen gestürzt. Die ungelöste Menschenrechtsfrage hatte die unüberwindbare Kluft zwischen den Systemen immer deutlicher zutage treten lassen. Die Positionskämpfe der Supermächte in der Dritten Welt hatten solange neues Konfliktpotential angehäuft, bis die sowjet. Invasion Afghanistans den offenen Bruch herbeiführte. Das Wettrüsten im Mittelstreckenbereich hatte der gegenseitigen milit. Bedrohung neuen Impetus verliehen. Durch ein wahnwitziges Rüstungsprogramm goss die Reagan-Administration noch Öl ins Feuer, sodass auf beiden Seiten schon ganz offen von der Möglichkeit eines Atomkrieges gesprochen wurde, dessen Gewinnbarkeit obendrein von führenden Militärs in Washington und Moskau postuliert wurde. Die neuen strategischen Waffenarsenale, die Vorwarnzeiten auf nahe Null reduzierten, schufen dabei eine derart gefährliche Lage, dass ein nuklearer Schlagabtausch wegen Nichtigkeiten oder Missverständnissen jederzeit denkbar geworden war. Den Höhepunkt erreichte der Neue KK, wie er in der Literatur gelegentlich genannt wird, gegen Jahresende 1983, als nach dem Abschuss des koreanischen Jumbos über Kamtschatka das wechselseitige Vertrauensverhältnis einen solchen Tiefpunkt erreichte, dass eine NATO-Übung ausreichte, um in der SU den Atomalarm auszulösen.

Ronald Reagan und seine Leute waren erklärtermassen angetreten, um die SU "totzurüsten". Auf diese Weise wurde der KK tatsächlich auf die Spitze getrieben. Von Anfang an hatten sich ja beide Supermächte bemüht, eine direkte militärische Konfrontation zu vermeiden. Die katastrophalen Kosten an Menschenleben und materiellen Ressourcen, die der 2.WK gefordert hatte, sollten auf keinen Fall wiederholt werden. Das in den 50er Jahren einsetzende nukleare Wettrüsten, die Doktrin der MAD hatten dann der Vermeidung eines offenen Waffengangs zusätzliche Dringlichkeit verliehen, ging es doch nun ums nackte Überleben. Der Wettkampf der Systeme, jener merkwürdige Krieg im Zeitlupentempo, der den KK charakterisierte, musste deshalb auf anderen Gebieten ausgetragen werden: im ideologischen Bereich, im kulturellen Bereich, bei der Raumfahrt, auf diplomatischer Ebene, in der 3.Welt und nicht zuletzt auf dem Sportplatz. Doch entscheidend war immer das Wettrüsten. Wenn man schon nicht durch einen direkten Angriff die Waffensysteme des Gegners zerstören konnte, so liessen sie sich doch durch die Einführung neuer Waffen obsolet machen, was den Gegner zu erhöhten Rüstungsanstrengungen zwang. Wenn Krieg in der wechselseitigen

Vernichtung von Ressourcen besteht, so tat der Rüstungswettlauf im KK genau dasselbe, aber eben nur langsamer als bei offener Gewaltanwendung. Es war die Signifikanz der Entspannungsphase, dass hier vorübergehend eine Art Waffenstillstand erreicht wurde. Die Aufgabe dieses Waffenstillstands zunächst im Mittelstreckenbereich führte logischer Weise in die erneute Verschärfung des KK.

Das Wettrüsten als Kernstück im Kampf der Systeme implizierte jedoch eine viel grundsätzlichere Auseinandersetzung als die Frage, wer über die meisten und technisch raffiniertesten Atomwaffenträger verfügte. Es war der Wettkampf der beiderseitigen Volkswirtschaften, die die notwendigen Ressourcen für den Rüstungswettlauf bereitstellen mussten. Der Rüstungswettlauf war somit vor allem auch ein Test auf die Leistungsfähigkeit der betroffenen Wirtschaftssysteme und betraf somit das Kernstück des Systemkonflikts zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft. Mit der erneuten Verschärfung des Rüstungswettlaufs stellte die Reagan-Administration somit wieder die alte Systemfrage, die dem KK von Anfang an zugrunde gelegen hatte. Es handelte sich also nicht um einen Neuen KK sondern nur um die Rückkehr zu den Wurzeln des Konflikts. Nach dem Scheitern der Entspannungsphase war dies zwar extrem gefährlich, aber irgendwie folgerichtig. Der KK kehrte somit zu sich selbst zurück.

Er tat dies allerdings auf einer höheren Ebene. Seit dem Ende des 2.WK waren nun schon fast 40 Jahre vergangen. Beide Systeme waren gewachsen und hatten sich in vieler Hinsicht verändert. Die Entspannungsphase hatte immerhin eine Aufweichung verkrusteter Strukturen ermöglicht, die niemand mehr wiederherstellen konnte. Die erneute Verschärfung des KK, die, wie wir heute wissen, seine letzte Phase einleitete, bedingte deshalb neuartige Massnahmen v.a. auf wirtschaftlichem Gebiet, aber auch im politischen Bereich. Diese Massnahmen trugen zunächst scheinbar und dann tatsächlich revolutionären Charakter und bereiteten in einer erstaunlichen Wende der Geschichte das plötzliche Ende des KK vor. Diese vermeintlichen oder tatsächlichen Revolutionen in West und Ost, bzw. die Wege dorthin sind unser heutiges Thema.

## 2. "Thatcherism", "Reaganomics" und die konservative Wende in Westen

Ökonomisch gesehen waren die 70er Jahre eine schwere Zeit für den Westen gewesen. Strukturkrisen, STAGFLATION, Ölpreisschock, wachsende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung hatten das Goldene Zeitalter des Nachkriegswirtschaftswunders jammervoll zuende gehen lassen. Das sozialdemokratische Modell und die Politik des New Deal mit ihrer sanften

Umverteilung wachsenden Wohlstandes schienen ebenso gescheitert wie die gängige Wirtschaftsphilosophie auf der Grundlage der Lehren von John Maynard Keynes. Antizyklisches Deficit Spending, die Bekämpfung von Rezessionen durch teure staatliche Konjunkturprogramme erwiesen sich als nutzlos und produzierten nur immer höhere Schuldenberge, die die Inflation anheizten. Die Rituale der Tarifverhandlungen über jährliche Lohnerhöhungen, die nun fast traditionell zwischen mächtigen Gewerkschaften und mehr oder weniger kompromissbereiten Unternehmerverbänden abgehalten wurden, erschienen vor dem Hintergrund wachsender Arbeitslosigkeit manchem Wirtschaftsfachmann und Journalisten zunehmend als Anachronismus. Die häufigen Streiks, v.a. in F, It und GB wurden angesichts der Krise als lächerlicher Luxus gebrandmarkt. Tatsächlich war es ja grotesk, wenn in GB der Eisenbahnverkehr stillgelegt wurde, weil die Gewerkschaft der Heizer, einer Berufsgruppe, die in den modernen Diesel- und E-Locks gar nicht mehr existierte, für höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen streikte.

All dem lag ein heute noch aktueller Trend zugrunde, der in den 70er Jahren einsetzte. Die alten Industrien starben oder veränderten sich bis zur Unkenntlichkeit. Neue Industrien, wie die Computerindustrie, kamen hinzu, während sich das Schwergewicht der Wirtschaft auf den Dienstleistungssektor verlagerte. Diese ganze Entwicklung stand unter dem Vorzeichen rasanter Globalisierung, die durch die zunehmende Öffnung der Märkte im Zuge eines beinahe weltumfassenden Kapitalismus und die explosionsartige Verbesserung der Kommunikationswege verursacht wurde. All dies schuf verschärften Konkurrenzdruck und damit den Zwang zur Rationalisierung. Rationalisierung und Automatisierung zum Zwecke der Produktivitätssteigerung und Profitmaximierung waren zunächst angesichts der Krise eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens. Doch dieser Prozess wurde wegen des globalen Wettbewerbs zum Selbstläufer, der unabhängig vom Zustand der Konjunktur weiterging. So entstand jener tragische Teufelskreis, in dem die Wirtschaft immer weiter rationalisierte und automatisierte und auf diese Weise immer mehr qualifizierte Arbeitsplätze zerstörte, selbst und gerade wenn neue Industrien aufgebaut wurden. Neue Jobs gab es nur noch am oberen Ende für ausgebildete Fachkräfte und am unteren Ende zu Billiglöhnen. Die Tendenz lief auf hoch bezahlte Jobs für wenige Computerfreaks bei Firmen wie Microsoft oder die Anstellung als Kellner bei MacDonald zu.

Dieser Tendenz und der ihr zugrunde liegenden Globalisierung standen die alten Nationalstaaten mit ihren antiquierten Konjunkturprogrammen hilflos gegenüber. Die Märkte bestimmten und nicht mehr die Kabinette. Diese bittere Erfahrung musste etwa die sozialistische Regierung Mitterand in den ersten zwei Jahren ihrer Amtszeit machen, als sie im Alleingang versuchte, in Frankreich eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Die Folge waren

höhere Staatsverschuldung, Abwertung des Francs und dennoch wachsende Arbeitslosigkeit.

Dass der Markt und nichts als der freie Markt den Gang der globalen kapitalistischen Wirtschaft bestimmen sollte, predigten schon in den frühen 70er Jahren die Hohepriester des Neoliberalismus. Vor allem die Ökonomen Friedrich von Hayek und Milton Friedman, die 1974 bzw. 1976 den Wirtschaftsnobelpreis erhielten, verlangten gebetsmühlenartig die Rückkehr zu den Prinzipien eines Adam Smith. In der Praxis forderten sie die Rücknahme der staatlichen Intervention in das Wirtschaftsgeschehen, den Abbau der teuren und unproduktiven Sozialleistungen, den Abbau der Staatsverschuldung und gleichzeitig die Kürzung der Steuern, die Bekämpfung der Inflation, den Kampf gegen die Macht der Gewerkschaften, die Beseitigung von Restriktionen des freien Marktes, inklusive angeblich übertriebener Umweltschutzgesetze und allzu genauer Bestimmungen über die Sicherheit am Arbeitsplatz und für den Gesundheitsschutz.

Die ganze bisherige Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte sei verfehlt gewesen. Mit ihrer Konzentration auf die Nachfrageseite, d.h. v.a. die Binnenkonjunktur habe sie alle Investitionsanreize zerstört. Es komme stattdessen auf die Angebotsseite an, also das profitable Klima für die Unternehmen, wenn man durch günstige Investitionsbedingungen neue Wachstumsschübe auslösen wolle. Die neue Wirtschaftsdoktrin wurde deshalb auch "supply side economy" genannt.

Dies war ein Programm, das auf die Rückkehr zum Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts hinauslief, allerdings unter den Bedingungen einer viel weitergehenden Globalisierung. Statt Sozialstaat und sozialer Marktwirtschaft mit ihren angeblich beinahe kommunistischen Tendenzen zur Gleichmacherei, die jeglichen Leistungsansporn zerstöre, sollte der vorhandene und zukünftige Wohlstand von unten nach oben umverteilt werden. Im Bereich der Steuerpolitik etwa sollten die Höchststeuersätze radikal gesenkt werden. Dadurch würde die Investitionsbereitschaft gestärkt und der Markt angekurbelt werden. Dies würde letztlich auch den unteren Schichten der Gesellschaft zugute kommen. Denn der sogenannte "trickle-down"-Effekt, bei dem den Reichen noch mehr gegeben wird, damit sie mehr ausgeben und investieren können und auf diese Weise Arbeitsplätze schaffen, sei die beste Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Über diese erzreaktionären Rezepte könnte man lachend den Kopf schütteln, wenn sie nicht so ernst gemeint gewesen wären und nicht auch noch zum Programm führender Politiker geworden wären. Die traditionellen Konzepte eines John Maynard Keynes waren angesichts des rapiden Wandels der Weltwirtschaft sicher nicht mehr angemessen. Aber die in sich

widersprüchliche und sozial unausgewogene “supply side economy” konnte die Lage nur verschlimmern und musste zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen führen.

Milton Friedmans Rezepte wurden zum ersten Mal ausgerechnet in der brutalen Militärdiktatur des chilenischen Gewaltherrschers Augusto Pinochet ausprobiert. Hier konnte jeder Widerstand gegen die hemmungslose Zerstörung aller noch so bescheidenen sozialen Errungenschaften mit Gewalt unterdrückt werden. Fraglich blieb allerdings, ob die “supply side economy” auch in westlichen Demokratien durchführbar war.

Den ersten Versuch in diese Richtung unternahm ab 1979 die neue konservative Regierung in GB unter PM Margaret Thatcher. Thatcher und ihr Kreis waren enthusiastische Verfechter der Lehren Friedmans und Hayeks. Entsprechend wurde in den folgenden Jahren gehandelt. Die Gewerkschaften wurden trotz mitunter monatelanger Streiks gnadenlos niedergekämpft und entmachtet. Die Märkte wurden in jeder Hinsicht dereguliert. Sogar die Gesundheitsvorschriften bei Vieh wurden der neuen Wirtschaftsphilosophie “angepasst”, was etwa bei den Rindern buchstäblich wahnsinnige Folgen hatte: BSE. Scharfe Einschnitte in der Sozialpolitik liessen ein Heer von Obdachlosen entstehen. Ganze Industrien wurden vom Subventionstropf genommen und gingen kläglich ein, ohne durch neue Industrien ersetzt zu werden. Die ohnehin schon hohen Arbeitslosenzahlen explodierten. Aber die Profite stiegen und die Börse jubelte. Der Financial Times Index setzte zu einer gewaltigen Rekordjagd an. Doch die märchenhaften Gewinne wurden vornehmlich nicht etwa in die britische Wirtschaft investiert sondern auf dem europäischen Kontinent, unter anderem auch in Villen an der Costa del Sol. Immerhin, der britische Mittelstand, aus dem ja auch Thatcher stammte, erlebte wegen der Steuererleichterungen und Deregulierungen eine nicht unerhebliche Steigerung des Realeinkommens. Dafür aber wurde ein volles Drittel der Bevölkerung aus der Gesellschaft quasi ausgemustert. Den ganz grossen Reibach aber machten Börsenjobber, Banker, einige Unternehmer und windige Geschäftemacher.

Der Entstehungsprozess dieser Zweidrittelgesellschaft war zunächst alles andere als populär. Ende 1981 war Frau Thatcher laut Meinungsumfragen die unpopulärste PM aller Zeiten. Ihre Wiederwahl erschien ausgeschlossen. Doch fernab von GB, im südlichen Atlantik fand sie in dieser Lage freundliche Retter in der Not. Der argentinische Militärdiktator Galtieri, dessen Regime kurz vor dem Zusammenbruch stand, kam auf die Idee, alten Rezepten folgend, von der inneren Krise durch ein Abenteuer nach aussen ablenken zu wollen. Die argentinische Invasion der Falkland Inseln (auch Malvinas genannt) gab aber auch Thatcher eine exzellente Gelegenheit, von ihren eigenen Problemen abzulenken. Eine britische Seestreitmacht wurde 1982 entsandt,

um die 2.000 britischen Inselbewohner zu befreien. Die Kosten dieser Operation waren so hoch, dass man jedem Falklander £ 1.000.000 für die Übersiedlung auf die Shetland Islands hätte auszahlen können und immer noch Geld übrig geblieben wäre. Doch Geld zählte plötzlich nicht mehr. Es ging nur noch ums Prestige, und das wurde mit logistischer Hilfe der Amerikaner in einem kurzen Krieg glorreich um den Preis von ein paar hundert Toten erkämpft. Danach hatte Thatcher die patriotische öffentliche Meinung endgültig hinter sich, und der nächste Wahlsieg war ihr nicht mehr zu nehmen. Als dann auch noch Milliardenereinnahmen aus dem schottischen Nordseeöl flossen, schien die "Thatcher-Revolution" auf der Grundlage der "supply side economy" triumphiert zu haben.

Doch der Schein trog. Ganze Landstriche und Städte in GB verödeten, während die Verelendung des unteren Drittels der Bevölkerung voranschritt. V.a. aber funktionierten die wirtschaftlichen Rezepte nur in den geschönten Zahlen der Regierung. "Trickle down" fand nicht statt. Die Arbeitslosigkeit begann erst zu sinken, als viele Menschen aus Verzweiflung über die Kürzung der Sozialhilfe Jobs zu Hungerlöhnen annahmen. Sogar die versprochenen Steuersenkungen blieben trotz der Öleinnahmen und des exzessiven Verkaufs von Staatsbetrieben aus. Am Ende der Amtszeit Thatchers lag die Steuerquote sogar etwas höher als 1979.

Das Kernstück von Thatchers Aussenpolitik war die unverbrüchliche Treue zu den USA, die alte "special relationship". Bei ihrem ersten Besuch im Weissen Haus verkündete sie denn auch: "An enduring alliance with the United States is fundamental to our beliefs and to our objectives". Auf diese freundlichen Worte antwortete Präsident Reagan: "People will stay free when enterprise remains free ... There is one element that goes without question: Britain and America will stand side by side."

Tatsächlich waren sich Thatcher und Reagan nicht nur in ihrem scharfen Antikommunismus einig. Auch Reagan und seine ganze Administration waren entschiedene Anhänger der "supply side economy". Die Wirtschaftspolitik der neuen amerikanischen Regierung war deshalb der ihres britischen Äquivalents zum Verwechseln ähnlich. Reagan und seine Leute waren der festen Überzeugung, dass der Staat und sein dauerndes Eingreifen in die Wirtschaft die Wurzel allen Übels sei. Das freie Spiel der Marktkräfte würde schon alles richten.

Deshalb sollten zunächst einmal die Steuern gesenkt werden. Im Sommer 1981 wurden die Einkommenssteuern generell um 25% herabgesetzt. Der Höchststeuersatz wurde von 70% auf 50% gesenkt und die Vermögenszuwachssteuer von 28% auf 20%. Auch für den amerikanischen Normalbürger klang das viel versprechend. Doch dahinter steckte etwas

anderes als Steuererleichterungen für alle. Reagans Budgetdirektor David A. Stockman liess einem Reporter gegenüber die Wahrheit durchblicken. Die generelle Steuersenkung sei nur das "Trojanische Pferd" gewesen, um die Senkung des Spitzensteuersatzes für den "trickle-down"-Effekt durchzubringen. "It's kind of hard to sell 'trickle-down', so the supply-side formula was the only way to get a tax policy that was really 'trickle-down'." Es ging also um die Umverteilung von unten nach oben.

Dabei mussten die Steuersenkungen irgendwie finanziert werden. Allein 1981 wurden deshalb Ausgabenkürzungen in Höhe von \$ 35,2 Mrd vorgenommen. Diese Kürzungen betrafen ausschliesslich Bildungs-, Gesundheits- und Sozialprogramme. So ging es in den folgenden Jahren weiter. Die Folgen waren ähnlich wie in GB. 1979 lebten noch 11.7% der US-Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, 1983 bereits 15,3% und 1984 näherte man sich der 20% Marke. Auch in den USA verarmten ganze Regionen und verwandelten sich die Innenstädte zunehmend in Slums. Die Zahl der Obdachlosen stieg sprunghaft an, zumal auch viele psychiatrische Kliniken ihre Patienten auf die Strasse werfen mussten. Gleichzeitig aber profitierten Teile der Mittelschicht, während die neue und alte Oberschicht im Geld schwamm. Die Deregulierungen im wirtschaftlichen Bereich bedrohten die Umwelt, die alltägliche Sicherheit und die Gesundheit der Menschen, erlaubte aber gewissenlosen Geschäftemachern märchenhafte Profite. Die Börse jubelte, zumal die Regierung ein hemmungsloses Monopoly-Spielen mit Aktien und Firmenbeteiligungen ermutigte. Mrden wurden in dunklen oder halbseidenen Geschäften umgesetzt, wobei auch Regierungsmitglieder profitierten. Doch von "trickle-down" blieb auch hier wenig zu spüren. Stattdessen stieg die Arbeitslosenquote bis Ende 1982 auf 10,4%.

All dies liess sich innenpolitisch durchsetzen, weil die Unterschichten, jenes vernachlässigte Drittel der Gesellschaft, ohnehin nicht zur Wahl gingen und weil die Mittelschicht eine Zeit lang den Eindruck gewann, von Reagans Politik zu profitieren. Überdies appellierte seine anti-etatistische Politik an Urinstinkte der amerikanischen Gesellschaft. Vor allem aber konnte der telegene "Great Communicator" seine Politik den einfachen Gemütern glänzend verkaufen. Ein General Galtieri kam ihm zwar nicht zu Hilfe, doch ein geistig verwirrter Attentäter, der Robert De Niros Rolle in "Taxidriver" nachspielen und Jodie Foster imponieren wollte, schuf im März 1981 einen Mitleidseffekt für den Präsidenten. Reagan erschien jetzt als standhafter Held, zumal er seiner Frau Nancy bei einem Krankenbesuch tapfer mitteilte: "Honey, I forgot to duck" - den Satz hatte allerdings aus einem James-Cagney-Film geklaut.

In einer Hinsicht war Reagan allerdings nicht so glücklich wie Margaret Thatcher: ein Goldregen aus Öl Mrden stellte sich nicht auch noch ein. So gab

es keine Extramittel, aus denen er seine sonstigen Versprechungen bezahlen konnte. Die aber bestanden gerade in den exorbitanten Rüstungssteigerungen, mit denen er das "evil empire" der SU zu Tode rüsten wollte. Wie dies bei gleichzeitigen erheblichen Steuersenkungen finanziert werden sollte, wusste niemand. Im Vorwahlkampf zur Präsidentschaftswahl von 1980 hatte denn auch sein Republikanischer Gegenkandidat George Bush treffend von "voodoo economics" gesprochen - als Vizepräsident und späterer Präsident wollte Bush davon allerdings nichts mehr wissen. Nach der Wahl tauchte denn auch in der Presse schon bald der Begriff "Reaganomics" auf. Tatsächlich akkumulierten die Republikanischen Präsidenten Reagan und Bush bis 1992 eine Staatsschuld von sage und schreibe \$ 4 Billionen.! Die USA wurden damit zum grössten Schuldner der Welt.

Finanziert wurde diese Politik durch absichtlich hohe Zinsraten, die den Wert des Dollar in astronomische Höhen trieben. Dadurch flossen Hunderte von Mrden aus Europa und Japan auf den amerikanischen Finanzmarkt. Auch wenn weite Teile der US-Industrie unter den hohen Zinsen kollabierten, so konnte der Rüstungsboom doch durch die unfreiwillige Hilfe der Verbündeten bezahlt werden. Diese Verbündeten fluchten, und der französische Finanzminister Jaques Delors sprach sogar davon, dass die USA ihre eigenen Freunde in den Bankrott trieb. Doch jetzt zahlte sich aus, dass die USA im Zuge des KK in Westeuropa und Japan mächtige Wirtschaftspartner aufgebaut hatten, die notfalls die Last des Wettrüstens mittragen konnten. So traten nicht nur die USA zum rüstungs- und wirtschaftspolitischen Systemkonflikt mit der SU an, sondern, gezwungenermassen, die ganze westliche Welt.

Ein ironischer Nebeneffekt soll hier nicht unerwähnt bleiben. Die "Reaganomics" wichen nämlich in ihrem rüstungspolitischen Aspekt entscheidend von Milton Friedman's Rezepten ab. Die Milliarden, die in die Rüstung gesteckt wurden, versickerten nämlich nicht spurlos. Diese Gelder trickelten tatsächlich down als Anschubfinanzierung für ganze Industriezweige, sodass die USA Ende der 80er Jahre einen regelrechten Boom erlebten. Das Ganze aber war nichts als gigantisches "deficit spending", wenn auch im wirtschaftlich unproduktivsten Bereich, der Rüstung. Der Rüstungsboom wirkte somit wie ein riesiges Konjunkturprogramm und tat damit das Gegenteil, was die "supply side economy" vorsah. Der relative wirtschaftliche Erfolg dieser Politik zeigte, dass der alte Keynes vielleicht doch noch nicht ganz Unrecht hatte.

Insgesamt kann der Begriff "Revolution" zur Charakterisierung der Politik Thatchers und Reagans somit nur als eine geschickte Erfindung von sympatisierenden Presseleuten betrachtet werden. Neben der Microchip-Revolution bahnte sich die wirkliche Revolution aber woanders an.



### 3. Der Weg zur Gorbatschow-Revolution.

Was immer man Ronald Reagan und seinem Beraterstab vorwerfen kann, in einer Hinsicht hatten sie richtig kalkuliert: Anfang der 80er Jahre begann sich herauszustellen, dass die SU wesentlich verwundbarer war, als die auftrumpfende Politik Breschnews und die gigantischen Erdöl- und Erdgaseinnahmen der 70er Jahre hatten vermuten lassen. Das "evil empire" war tatsächlich ein Koloss auf tönernen Füßen, der bei einer neuen Aufrüstungsrunde nicht mehr mithalten konnte.

Dies war umso mehr der Fall, als die schwere Wirtschaftskrise der 70er Jahre im Westen einen Boom in neuen Technologien und den Umbau ganzer Bereiche der Wirtschaft ausgelöst hatte. Es waren gerade diese neuen Technologien, auf die die Planer des Pentagon bei ihren verstärkten Rüstungsanstrengungen setzten. Nicht schwere Panzer und noch grössere ICBMs sollten den Rüstungswettlauf entscheiden, sondern ein lächerlich kleines Ding aus Silikon: der Microchip. Es war die Microchip-Revolution, die die Cruise Missile feindliche Radarschirme unterfliegen liess, der Pershing-Rakete ihre enorme Zielgenauigkeit verschaffte und die Trident-U-Boote zur gefährlichsten Waffe in der Marinegeschichte machte. Die ganze Palette der neuen Technologien sollte Star Wars ermöglichen aber auch auf konventionellem Gebiet die traditionelle sowjet. Überlegenheit brechen. Gegen die gefürchteten Panzerarmeen der Sowjets wurde jetzt das Thunderbolt-Schlachtflugzeug gesetzt, das mit einer Bordkanone ausgerüstet war, die in einer Minute 1.000 Schuss panzerbrechende Unariummunition mit 98%er Treffgenauigkeit verschiessen konnte und damit in kürzester Zeit ganze Divisionen vernichten konnte. Die Stinger-Flugabwehrrakete, von einem einzelnen Infanteristen abgefeuert, wurde zur tödlichen Bedrohung für feindliche Kampfhubschrauber und trug schon bald entscheidend dazu bei, dass die Rote Armee den Krieg in Afghanistan verlor. Diesen Technologiesprung musste die SU aufholen, wenn sie mit den USA Schritt halten wollte. Aber war sie dazu in der Lage?

Anfang der 60er Jahre hatte Nikita Chruschtschow der SU ein grosses Ziel gesetzt: den Westen einholen und überholen. Anfang der 80er war dieses grandiose Ziel erreicht: die SU produzierte 80% mehr Stahl als die USA, zweimal soviel Roheisen und fünfmal so viele Traktoren. Wie Eric Hobsbawm sarkastisch schreibt, war es dem "Vaterland der Werktätigen" damit gelungen, die gewaltigste Industrie aller Zeiten aufzubauen - die auf dem Technologiestandard der 1890er produzierte. Doch die Microchip-Revolution hatten die Gerontokraten im Kreml glatt verschlafen. Der zentralistisch-bürokratischen Organisationsstruktur der SU fehlte es zudem an Flexibilität, um sich auf die neuen Gegebenheiten im Gefolge der "Vierten Industriellen

Revolution" einzustellen. Die Planwirtschaft liess wenig oder gar keinen Raum für neues Denken, neues Handeln, neue Produktpaletten, oder für die Ausbildung neuer Fachkräfte. Stattdessen blieb das gesamte ökonomische System in der Denkweise der Leninschen und Stalinschen Industrialisierungspolitik verstrickt, die die SU zur Supermacht hatte aufsteigen lassen: grösser, schwerer, mehr. So kursierten denn Anfang der 80er Jahre in der SU böse Witze über den Stachanowisten Iwan Iwanowitsch, der den Leninpreis für die Erfindung des grössten und schwersten Microchips der Welt erhalten habe.

Die Philosophie der Schwerindustrie beherrschte alles. Doch was nutzte es der SU, wenn sie mehr Panzer als jedes andere Land bauen konnte, wo doch eine einzige Thunderbolt theoretisch 980 Panzer in einer Minute zerstören konnte? Was nutzte es der SU, über die schwerste ICBM zu verfügen, wo doch die Pershing innerhalb von sieben Minuten ins Tor des Moskauer Leninstadions treffen konnte, während sich die Cruise im Computer gesteuerten Tiefflug unbemerkt an die sowjet. Raketensilos heranpirschte? Wie peinlich war es zudem, dass keine sowjet. Rakete ohne die Computer fliegen konnte, die in dem kleinen und ansonsten unterentwickelten Bulgarien gebaut wurden.

Aber die Niederlage im technologischen Wettlauf war bei weitem nicht alles. Die sowjet. Wirtschaft stagnierte insgesamt. Die Wachstumszahlen des BSP waren von jährlich 5,2% in den 60er Jahren, über 3,7% in den 70er Jahren auf 2% Anfang der 80er Jahre gesunken. Ähnlich sah es in ganz Osteuropa aus. Auch strukturell machte sich der Niedergang bemerkbar. Hatte noch in den 60er Jahren die Masse der Exporte aus Maschinen, Metallwaren und Transportmittel bestanden, so beruhten Anfang der 80er 53% aller Exporte auf Öl und Gas, während 60% der Importe in Maschinen, Metallwaren und Konsumgütern getätigt wurden. Die SU war zu einem Rohstofflieferanten für den Westen und die osteuropäischen Satelliten herabgesunken. Aber die hoch verschuldeten osteuropäischen Volkswirtschaften, die ihrerseits bereits am Kredittropf des Westens hingen, waren kaum mehr innovationsfähig und auch nicht -willig, weil ihnen ja in der SU ein fast unbegrenzter Markt für zweit- und drittklassige Produkte zur Verfügung stand. Bezahlt wurden diese Güter vornehmlich in verbilligten Rohstoffen, v.a. Öl und Gas, für die die SU auf dem Weltmarkt weit höhere Preise hätte verlangen können. Doch die "sozialistische Bruderhilfe" war der Kremlführung wichtiger als wirtschaftliche Kalkulationen. Die Kosten für diese indirekte Subventionen betrugen zwischen 1974 und 1980 jährlich mindestens \$ 3 Mrd. Hinzu kamen noch die Kosten für die Unterstützung anderer Freunde in der Welt. Kuba erhielt um 1980 jährlich \$ 4 Mrd, Indien, Vietnam und die Mongolei um \$ 1 Mrd. Irak erhielt 1981 \$ 1,5 Mrd Kredite, um für Rüstungslieferungen zu bezahlen. Die Gesamtkosten für sowjet. Auslandshilfe um 1980 beliefen sich auf annähernd

\$ 20 Mrd. Im gleichen Zeitraum verdiente die SU für Exporte in harter Währung kaum mehr als \$ 30 Mrd.

Bei all dem stagnierte auch der Lebensstandard im Ostblock derart, dass z.B. Mitte der 80er Jahre die durchschnittliche Lebenserwartung um vier Jahre hinter Finnland und Österreich hinterherhinkte, während sie um 1970 noch ungefähr gleich hoch gewesen war.

Für die Bürgerinnen und Bürger der SU hatte der Goldregen aus den Öl- und Erdgaseinnahmen in den 70er Jahren eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards gebracht, so dass noch heute vielen treuen Post-Kommunisten der Höhepunkt der Breschnew-Jahre als Goldene Zeit erscheint. Aber ein weit grösserer Teil der Einnahmen verschwand in den Taschen der "Nomenklatura", der Elite im Staats- und Parteiapparat. Die Breschnew-Jahre waren eine Phase gigantischer Korruption und des organisierten Diebstahls von Volksvermögen. So lebte etwa die Familie des Chefs der Republik Georgien in Saus und Braus, denn Mzavanadzes Leute organisierten einen Diebesring, der in Moskau systematisch Autos stahl, um sie anderswo teuer zu verkaufen. Überall blühten Schwindel, Raub und Korruption. Dabei stank der Fisch zuerst am Kopf. Breschnews Sammlung an Luxuslimousinen, Datschas und Jagdhäusern war ebenso legendär wie die Verschwendungssucht seiner Tochter Galina. Ein böser Witz aus dieser Zeit erzählte davon, dass Breschnew eines Tages seiner Familie die aufgehäuften Reichtümer vorführte. Darauf habe seine Mutter ausgerufen: "Das ist ja alles wundervoll. Aber was passiert, wenn die Kommunisten wieder an die Macht kommen."

Dabei gebärdeten sich die Führer der SU und ihre Nomenklatura nach aussen wie die Hohepriester des rechten Glaubens. Die ideologischen Prinzipien Lenins und z.T. auch Stalins wurden immer noch für sakrosankt erklärt. Widerstand wurde gnadenlos verfolgt und Veränderungen wurden nicht zugelassen. Das galt auch für ganz Osteuropa. Die Breschnew-Doktrin aus der Zeit des Prager Frühlings, derzufolge alle sozialist. Länder nur über eine begrenzte Souveränität verfügten und die anderen Bruderstaaten jederzeit zur Intervention berechtigt seien, wenn sie den Sozialismus bedroht sahen, bestand weiterhin.

Anfang der 80er Jahre bekamen dies die Polen zu spüren. Dort war in Danzig die regimiekritische Gewerkschaft Solidarnosc gegründet worden, die nicht nur bessere Arbeitsbedingungen und höhere Reallöhne verlangte, sondern auch die Demokratisierung des gesamten Systems. Die polnische KP wurde mit der Streikwelle, die weite Teile des Landes erfasste, nicht mehr fertig. Ihre Reformversuche, die zum Austausch einer ganzen Generation von Führungskadern führte, öffnete dem Widerstand nur Tür und Tor und war dabei, in den Zusammenbruch zu führen. Den ganzen Sommer 1981 über

drohte die Kreml-Führung mehr oder weniger offen mit dem Einmarsch, wenn nicht wieder "Normalität" hergestellt würde. In dieser verzweifelten Lage ergriff die polnische Armeespitze die Initiative und putschte im Dezember 1981. Über Polen wurde das Kriegsrecht verhängt, und tausende von Dissidenten wurden inhaftiert. Für Jahre wurden die Verhältnisse in Polen noch einmal eingefroren. Doch der Militärputsch zeigte, dass zumindest in Polen der "real existierende Sozialismus" am Ende war. Bis heute ist umstritten, ob der Führer des Putsches, General Jaruzelski, nun ein Verräter und Verbrecher war, oder ob er nicht als polnischer Patriot handelte, der mit seiner Tat dem sowjet. Einmarsch gerade noch zuvorkam.

Der Westen reagierte auf die Ereignisse in Polen mit Empörung und mit Sanktionen. V.a. die Kalten Krieger in Washington sahen sich in ihrer Vorstellung vom "evil empire" bestätigt. In Osteuropa aber und sogar innerhalb der SU regten sich zunehmend Stimmen, die einen neuen Kurs verlangten, befand sich der Sozialismus doch offensichtlich in einer schweren Krise. Das Neue daran war die Tatsache, dass die Reformforderungen nicht mehr nur von Dissidenten kamen. Im Westen verstand man das zunächst nicht, aber in den Führungszirkeln der kommunist. Parteien begann eine neue Generation von Funktionären an Einfluss zu gewinnen, die einen neuen Anfang machen wollte. V.a. in der KPdSU griffen derartige Ansätze allmählich um sich. Doch unter Breschnew und seinem gerontokratischen Politbüro kamen sie noch nicht zum Durchbruch. Diese alternden und kränkelnden Männer wollten keine Veränderungen - sie wollten nur noch ihre Ruhe.

Am 10. November 1982 aber verstarb Leonid Breschnew. Kurz vor ihm oder kurz nach ihm starben PM Kossygin, Verteidigungsminister Ustinow, Chefideologe Suslow und mehrere andere Führungspersönlichkeiten. Ein Wandel stand ins Haus.

Breschnews unmittelbarer Nachfolger hiess Jurij Andropow. Er war bis dahin Chef des KGB und hatte 1956 als sowjet. Botschafter in Budapest massgeblich bei der brutalen Niederschlagung des ungarischen Aufstandes mitgewirkt. Dieser Mann sah wirklich nicht aus wie ein Reformier, zumal er altersmässig fast zur Breschnew-Generation gehörte, denn er war bereits 68. Obendrein war er nach wie vor umgeben von Gerontokraten wie Gromyko und Tschernenko, die einstweilen tiefgreifende Veränderungen verhinderten.

Dennoch wird man rückschauend sagen dürfen, dass Jurij Andropow der Vater jener Reformbestrebungen wurde, die schon bald eine regelrechte Revolution von oben auslösten, in deren Verlauf nicht nur der KK beendet wurde, sondern auch die SU und alle ihre Satelliten in Osteuropa untergingen. Andropow war somit ein hochinteressanter Mann. Doch leider wissen wir über ihn herzlich wenig, weil die meisten ihn betreffenden Dokumente in den

unzugänglichen KGB-Archiven ruhen. Bezüglich Andropows sind wir daher immer noch auf Vermutungen und indirekte Belege angewiesen. Das heisst aber auch, dass wir über die Anfänge und Wurzeln der Revolution in der SU noch immer recht wenig wissen.

Was bekannt ist über Andropow, rechtfertigt die Vermutung, dass er den entscheidenden Anstoss zu den Reformen in der SU in den 80er Jahren gab. Schon 1956 in Ungarn war er keineswegs als das stalinistische Monster aufgetreten, als das ihn der Westen gerne verteufelte. Zwar hatte er Imre Nagys naiven Crash-Kurs mit Gewalt beenden geholfen. Doch danach war es gerade Andropow, der mit Janos Kadar einen reformorientierten KP-Chef in Ungarn an die Macht brachte, und damit hatte er die Niederschlagung des ungarischen Aufstands einigermaßen abgefedert.

Auch besass Andropow Weitsicht und war keineswegs der Meinung, die SU könne ewig an ihren Eroberungen in Osteuropa festhalten. So begriff er frühzeitig die ganze Signifikanz der Entspannungspolitik, wie sie von der westdten Regierung Brandt betrieben wurde. Nach Abschluss des Moskauer Vertrages befahl er 1971 die endgültige Beseitigung der in Magdeburg eingelagerten Gebeine Adolf Hitlers, Eva Brauns, Josef Goebbels' und dessen Familie mit dem Argument, angesichts der nun früher oder später zu erwartenden Wiedervereinigung Dtlands dürfe keine Wallfahrtstätte für Neonazis hinterlassen werden.

Als Chef des KGB war Andropow in den 70er und frühen 80er Jahren wohl das einzige Politbüromitglied, das über akkurate Informationen hinsichtlich der Lage in der SU verfügte. Während die anderen Gerontokraten nur geschönte Berichte erhielten, konnte Andropow die KGB-Meldungen über die Stimmung im Lande und die im Vergleich zum Westen wachsende Rückständigkeit studieren. Hieraus begründete sich höchstwahrscheinlich seine Motivation, dringend notwendige Reformen anzugehen, bevor die SU endgültig den Anschluss an die internationale Entwicklung verlor. Das Land brauchte einfach einen Modernisierungsschub und der war ohne eine gewisse Liberalisierung nicht möglich. Die Verkrustungen mussten aufgebrochen werden, und Andropow begann damit, dass er zunächst den unter Breschnew angewachsenen Korruptionssumpf trocken zu legen versuchte. Mit Hilfe des KGB wurden die schlimmsten Übeltäter aus ihren Ämtern entfernt und bestraft.

Wir wissen nicht, welche Konzepte, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht, Andropow darüber hinaus verfolgte. Doch kann man davon ausgehen, dass sie auf ein gewisses Mass an Öffnung, ja Verwestlichung hinausliefen. Sein Vorbild mag Kossygin gewesen sein, der in den 60er Jahren Reformen angestrebt hatte, die den Prager Reformen eines Dubcek durchaus nahe

standen. Mit Kossygin hatte Andropow manches gemeinsam: auch er liebte amerikanischen Jazz, schottischen Whisky und westliche Literatur, insbesondere die Spionagestories von John Le Carre. Kossygin war seinerzeit an den Betonköpfen gescheitert, doch Andropow wollte nun die Reformpläne durchsetzen. Gegen die überalterte Kremlführung war er dabei in einer ungleich besseren Position als einst Kossygin.

Dennoch hatte er einen enorm schweren Stand. Die Kalten Krieger im Westen waren zu keinen Kompromissen bereit. Andropows Abrüstungsvorschläge prallten so wie von einer Betonwand ab. Selbst sein sensationeller Vorschlag, den er auf einem Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag im Januar 1983 verkündete, nämlich nicht nur einen Nichtangriffspakt mit der NATO schliessen zu wollen, sondern auch die Verpflichtung einzugehen, nicht mehr militärisch gegen die Mitglieder des eigenen Bündnissystems vorzugehen, fand im Westen kein Gehör. Dabei hatte er nicht weniger angeboten, als die Breschnew-Doktrin zu begraben.

Überdies aber erkrankte Andropow schon wenige Monate nach seiner Amtsübernahme derart, dass er monatelang ans Bett gefesselt wurde und bald schon nicht mehr fähig war, die Geschäfte zu führen. Es war sicherlich seine persönliche Tragik und vielleicht auch die Tragik der SU, dass dieser Mann nicht in der Lage war, seine Reformpolitik ernsthaft in Angriff zu nehmen. Wertvolle, vielleicht entscheidende Jahre gingen auf diese Weise verloren. Als Andropow im Februar 1984 schliesslich verstarb, wurde Breschnews alter Kumpan Konstantin Tschernenko zum Parteichef gewählt. Dieser Mann war nicht nur ein herausragendes Mitglied der Betonfraktion sondern zum Zeitpunkt seiner Wahl schlichtweg senil. Die Reformen wurden deshalb weiter verschoben. Erst Tschernenkos Tod im März 1985 brachte die entscheidende Wende. Doch zu diesem Zeitpunkt war es wohl schon zu spät - wenn Reformen in der SU jemals eine Chance gehabt hätten.

Andropows grösste und bleibende Leistung bestand in seiner Personalpolitik. So holte er sich als aussenpolitische Berater die weltoffenen und westlich orientierten Alexander Bovin und Georgi Arbatow. Ausserdem gab er im ZK und im Politbüro der jüngeren, reformorientierten Generation eine Chance. Der Georgier Eduard Schevardnadze wurde systematisch gefördert. Als Kandidat des Politbüros, sowie als Wunschkandidaten für seine Nachfolge suchte sich Andropow einen relativ jungen und dynamischen Akademiker aus, der schon den Einmarsch in Prag, wie auch später die Invasion in Afghanistan kritisch beurteilt hatte: Michail Gorbatschow.

Nach Andropows Tod verhinderten die alten Herren im Kreml noch einmal die Wahl jenes kessen Reformers, den Margaret Thatcher bereits ins Herz geschlossen hatte. ("I can do business with him".) Im März 1985 aber wurde

Gorbatschow zum Nachfolger Tschernenkos und damit begann eine wirkliche Revolution von weltgeschichtlicher Bedeutung.